

«Wir müssen jetzt handeln»

Bundesrätin Simonetta Sommaruga zur Baumallee, dem CO₂-Gesetz und ihrer Verbundenheit mit Arth.



«Tragen wir zur Artenvielfalt nicht wirklich Sorge, ist das langfristig für die Bevölkerung, aber auch die Landwirtschaft ein Problem», sagt Bundesrätin Simonetta Sommaruga im Interview in der Alten Mosterei in Arth.

Bild: Christian Ballat

Mit Simonetta Sommaruga sprachen Jürg Auf der Maur und Christian Ballat

Sie eröffneten am internationalen Tag der Biodiversität die Arther Baumallee. Warum war Ihnen das so wichtig?

Die Artenvielfalt ist in der Schweiz bedroht. Es verschwinden viele Tierarten, Pflanzen und Lebensräume. Wir zerstören damit langfristig unsere Lebensgrundlage. So gibt es ohne Bienen bekanntlich auch kein Obst.

Da wollten Sie mit Ihrem Besuch auch ein Zeichen setzen?

Ja, denn es braucht das gemeinsame Zusammenspiel von Landwirtschaft, Bevölkerung und Politik. Und zwar auf allen Ebenen. Es ist wichtig, dass die Zusammenarbeit gut organisiert ist, damit Boden, Luft, Tiere und Pflanzen geschützt sind.

Und was heisst das nun für die Baumallee in Arth?

Die Allee in Arth verbindet all das. Das damit geschaffene neue Naherholungsgebiet für die Bevölkerung, mitten in der Landwirtschaft und gleichzeitig nahe am Siedlungsgebiet, verkörpert unseren Einsatz für die Artenvielfalt auf beste Weise. Hier wird Raum für Menschen, Tiere und Pflanzen geschaffen.

Mittendrin in dieser Anlage wurde der Rütlibaum gepflanzt.

Ja, das war ein weiterer Grund für meinen Besuch in Arth. Ich hatte am 1. August im vergangenen Jahr auf dem Rütli als Bundespräsidentin allen Kantonen einen Baum geschenkt. Auch zwei Personen aus dem Kanton Schwyz – Sandra Betschart und Kurt Küttel – konnten stellvertretend für alle, die sich in der Corona-Krise ganz speziell für den Zusammenhalt und die Solidarität in der Schweiz einsetzen, einen Baum in Empfang nehmen. Dass dieser Schweizer Rütlibaum nun in der Arther Baumallee eingepflanzt wurde, finde ich wunderbar.

«Das Gesetz ist fair und sozial.»

Was machen Sie oder der Bundesrat ausserdem für den Erhalt der Biodiversität?

Es gibt eine Volksinitiative, die sich für mehr Biodiversität einsetzt. Diese geht aus Sicht des Bundesrates zu weit. Aber

der Bundesrat hat entschieden, der Initiative einen Gegenvorschlag gegenüberzustellen. Wir wollen der Natur mit dem Gegenvorschlag mehr Raum geben und sie besser vernetzen. Das ist zentral für den Schutz von Tieren und Pflanzen.

Weshalb?

Die Artenvielfalt ist unsere Lebensgrundlage. Tragen wir dazu nicht wirklich Sorge, ist das langfristig für die Bevölkerung, aber auch für die Landwirtschaft, ein Problem. Wir müssen jetzt handeln.

Gibt es da auch einen Zusammenhang zum CO₂-Gesetz, über welches am 13. Juni abgestimmt wird?

Die Klimaerwärmung hat Einfluss auf die Artenvielfalt. Wird etwa das Wasser in Flüssen und Bächen wärmer, leiden oder sterben die Fische. Auch die starke und zunehmende Trockenheit wirkt sich negativ auf die Biodiversität aus. Der Klimawandel und der Rückgang der Artenvielfalt sind also eng miteinander verknüpft.

Für das CO₂-Gesetz scheint es immer knapper zu werden. Bleiben Sie trotz den neuesten Umfragen zuversichtlich?

Ich richte meine Politik nicht nach Umfragen aus, sondern um Lösungen zu finden. Ich bin überzeugt: Ganz viele Bürgerinnen und Bürger sind sich be-

wusst, dass der Klimawandel für unser Land ein grosses Problem ist. Alle Länder sind vom Klimawandel betroffen. Deshalb soll auch die Schweiz zur Reduktion des CO₂-Ausstosses beitragen.

Das heisst?

Das CO₂-Gesetz stärkt den Klimaschutz und nützt gleichzeitig der Wirtschaft. Darum ist die Unterstützung auch so breit. Die Kantone sind dafür, der Bauernverband, die Bergkantone und auch der TCS, der weit über 1 Million Mitglieder hat, empfiehlt ein Ja. Eigentlich sind nur eine Partei und die Erdölindustrie dagegen. Sie ziehen es vor, dass weiterhin acht Milliarden Franken pro Jahr an ausländische Erdölkonzerne gehen. Wir sollten dieses Geld aber gescheiter in klimafreundliche Lösungen bei uns investieren. Das schafft Arbeitsplätze in der Schweiz!

Im Kanton Schwyz haben Umweltfragen einen schweren Stand. Das gilt auch für das CO₂-Gesetz. Es sei zu teuer. In ländlichen Gebieten könne nicht einfach auf ÖV ausgewichen werden, und Wärmepumpen seien in höheren Lagen unrealistisch.

Das Gesetz ist fair und sozial. Das ist mir als langjähriger Konsumentenschützerin besonders wichtig. Dank der Rückerstattung werden die meisten Haushalte unter dem Strich kaum zusätzlich belastet. Teurer wird es nur für

jene, die viel fliegen oder ein grosses Haus mit Öl beheizen. Landesweit heizen aber heute schon vier von zehn Haushalten ohne Heizöl oder Erdgas und bezahlen deshalb keine CO₂-Abgabe.

Und auf dem Land?

In verschiedenen ländlichen Kantonen sind es noch mehr Haushalte, die ohne Öl oder Erdgas heizen, sondern zum Beispiel mit Holz. Ich habe darum auch aus dem Kanton Schwyz positive Signale. Umweltdirektor Sandro Patierno hat mir gesagt, wie erfolgreich auch in seinem Kanton das Förderprogramm für umweltfreundliche Häuser läuft. Wollen wir auf diesem Erfolg aufbauen und damit weitere Arbeitsplätze für das lokale Gewerbe schaffen, braucht es das CO₂-Gesetz. Es nimmt Rücksicht auf die ländlichen Regionen.

Sie spüren also auch im Kanton Schwyz Unterstützung für die Abstimmung?

Die ländliche Bevölkerung ist sensibilisiert für die Probleme, die sich aus dem Klimawandel ergeben. Wenn der Schnee fehlt, leidet der Tourismus. Ohne Gletscher kommen weniger Gäste, und es droht Trockenheit. Die Bergbahnen und Gemeinden müssen teure Schutzbauten erstellen, Häuser und Gebiete sind von Rutschungen bedroht. Gerade deshalb sagen die Berggebiete auch Ja zum Gesetz, denn es nützt ihnen ganz direkt.

Wie ist der Kanton Schwyz in Bern positioniert? Konservativ und dickköpfig?

Ich erlebe den Kanton Schwyz und dessen Vertreter als sehr konstruktiv. Othmar Reichmuth und Petra Gössi haben zum Beispiel entscheidend mitgewirkt am CO₂-Gesetz. Es gibt immer wieder Parlamentarier, die mehr wollen, und solche, die weniger wollen. Da ist es gut, Parlamentsmitglieder zu haben, die mitarbeiten und helfen, Kompromisse zu schmieden. Beim CO₂-Gesetz ist das gelungen. Darum profitiert jetzt auch das Gewerbe vom CO₂-Gesetz. Wer sein Haus saniert, braucht das Gewerbe. Das gibt Aufträge und schafft Arbeitsplätze.

«Arth ist wie Heimkommen.»

Sie sind immer wieder in Goldau und Arth anzutreffen und scheinen sich hier wohl zu fühlen.

Die Gemeinde Arth ist eine Gegend, die mir sehr vertraut ist und ein Gefühl des «Heimkommens» in mir weckt. Ich bin in Immensee zur Schule gegangen, und die Rigi war früher mein Hausberg. Jetzt habe ich im Kanton Bern natürlich noch ein paar andere Berge. Ich finde es immer wieder eindrücklich, wenn ich an den Rossberg hochsehe und mir dabei bewusst wird, welche Naturgewalten sich da gezeigt haben. Gerade jetzt, wo man sich nicht nur wegen der Abstimmung zum CO₂-Gesetz bewusst ist, dass man zur Natur Sorge tragen muss, setzt die Einweihung der Baumallee ein ganz wichtiges Zeichen.